

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ G. m. b. H.,
Breslau 1, Reichstraße 49/50.

Schlesische

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ G. m. b. H.,
Breslau 1, Reichstraße 49/50.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Wojteckstraße: Die 8spaltige Mittelzeile über deren Raum 0,90 Mt., umfasst 1,00 Mt.
Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Vereins- und Besondere Angelegenheiten 0,50 Mt.
Kleinanzeigen: Die 8spaltige Zeile, dreispaltig über deren Raum, hinter Text 3.- Mt.

Das antibolschewistische Amerika.

„Daily Herald“ meldet aus New York: Die Einwanderungsbehörde erließ am 16. Oktober ein allgemeines Einwanderungsverbot für europäische Kommunisten. Den russischen Gewerkschaftsvertretern wurde in San Francisco das Betreten des Bundesgebietes verweigert.

Der Bergarbeiterstreik in England.

Amsterdam, 18. Oktober. „Telegraaf“ meldet: Der Kohlenarbeiterstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allernotwendigsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenwerken vollständig.

London, 19. Oktober. Havelock Wilson erklärte gestern, daß wegen des Kohlenarbeiterstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien.

Zusammenstöße mit der Polizei.

London, 19. Oktober. Gestern sind in London die Arbeitslosen von den verschiedenen Ufern der Themse unter Führung von 15 Bürgermeistern der Londoner Vorstädte nach Downing Street marschiert. Es waren im ganzen 7 Demonstrationzüge. Ein großes Polizeiaufgebot hielt die gewaltige Menge in Schach. Die Polizei mußte aber hartnäckig werden. In den Zügen wurden rote Fahnen entrollt und es kam zu einem Kampfe zwischen der Polizei und der Menge. Die Fenster der umliegenden Regierungsgebäude wurden zertrümmert. Die kleinen Mauern zu beiden Seiten der Wohnung des Premierministers stürzten ein. Ein Mann wurde getötet und einige 50 verletzt.

Inzwischen hatte Lloyd George die Bürgermeister empfangen, vor denen er eine Rede hielt, die aber keinen Eindruck machte. Es wurde die Frage der Uebertragung öffentlicher Arbeiten für Rechnung des Magistrats an die Arbeitslosen erörtert. Die Menge zog später zum Trafalgar Square, wo sie noch eine Versammlung abhielt.

Giolitti wankt!

Mailand, 19. Oktober. In politischen Kreisen wird der Sturz der Regierung Giolittis als bevorstehend angesehen. Nitti und mehrere sozialistische Delegierte sollen sich verbündet haben, um einen baldigen Abgang Giolittis und seines Kabinetts zu erzwingen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Orlando die Macht an sich reißen will. Die Regierung hat bereits beschlossen, die Sicherheitspolizei wesentlich zu verstärken und alle öffentlichen Versammlungen zu verbieten, um Unruhen zu verhindern.

„Laut „Secolo“ häufen sich die Hausdurchsuchungen und Entwaffnungsversuche seitens der Regierung.

Die Wahlen in Oesterreich.

Bon insgesamt 151 zu besetzenden Mandaten für den Nationalrat sind nach den vorliegenden offiziellen Berichten bisher gewählt: 57 Sozialdemokraten, 71 Christlichsozial, 12 Großdeutsche, 2 Mitglieder der Bauernpartei und 1 Mitglied der Bürgerlichen Arbeitspartei. Es fehlen noch die Ergebnisse aus dem Wahlkreis Krems (8 Mandate). In diesen 151 Mandaten kommen noch 9 Mandate aus Kärnten, die bis zur Durchführung der dortigen Wahlen von den diesjährigen Abgeordneten (4 Sozialdemokraten, 3 Christlichsozialen und 2 Großdeutschen) vertreten bleiben, außerdem noch die auf Grund der Reststimmen zu verteilenden 18 Mandate.

Nach diesen bisher festgestellten Ergebnissen verlieren die Sozialdemokraten und die Großdeutschen je 6 Sitze, davon die Großdeutschen 2 an die von ihnen abgespaltene Bauernpartei; die Jüdisch-Nationalen und die Etschschabaten verlieren je 1 Mandat; die Christlichsozialen gewinnen 12 Mandate. Von den gewählten Sozialdemo-

kraten sind zu nennen die Staatssekretäre Dr. Renner und Hanusch sowie Friedrich Adler; von den Christlichsozialen Staatssekretär Mayr, Präsident Hausner und Fink und von den Großdeutschen Präsident Dinghofer.

In den steiermärkischen Landtag wurden 30 Christlichsoziale, 22 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche und 6 Bauernbündler gewählt. 4 Mandate für den Landtag werden im zweiten Ermittlungsverfahren befehlt.

Eine Rede Lenins.

London, 19. Oktober. Ein Radiotelegramm aus Moskau meldet, daß Lenin auf der Konferenz der Präsidenten der Sowjets, die am 15. Oktober in Moskau eröffnet wurde, eine wichtige Rede über die allgemeine Politik Russlands gehalten habe. Er führte aus, daß angesichts der militärischen Lage der Roten Armee der Frieden mit Polen weniger vorteilhaft für Russland sei, als wenn er vor dem Marsche auf Warschau abgeschlossen worden wäre. Unsere Sache bleibt unangenehm, die wirtschaftliche Lage der ganzen Welt fest und unumstößlich. Als sich die Rote Armee der polnischen Grenze näherte, schlug uns Lord Curzon im Namen des Völkerbundes vor, dem Kriege ein Ende zu machen. Wir haben ihm geantwortet, daß wir uns um den Völkerbund nicht kümmern. Zum Schluß sprach Lenin in längeren Ausführungen über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Russlands, die er durch verschiedene statistische Darstellungen bekräftigte.

Hungertkonferenz in London.

In London findet, wie wir schon berichtet haben, eine Konferenz zur Bekämpfung der Welthungersnot statt, die von privaten Persönlichkeiten und Verbänden eingeleitet worden ist. Bezeichnend für den Fortschritt der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt im politischen Kampf ist die Rolle, die Arbeiterführer und sozialistische Ideen auf der Konferenz einnehmen.

Hue und Jimmen wandten sich gegen die dauernde Okkupationsdrohung. „Gebt den Arbeitern“, sagte Hue, „gerechte Bedingungen, sowie innerpolitisch, wie auch außenpolitisch, dann wird ihr Arbeitseifer unansehnlich sein. Wendet der Arbeiterfrage euer Interesse zu. Die Geistesverfassung der Arbeiter ist durch den Krieg von Grund auf geändert worden. Die privatkapitalistische Kohlenwirtschaft ist nicht der Weisheit letzter Schluss.“ Hue forderte eine internationale Wirtschaftsgemeinschaft, Jimmen die Ausnutzung der Wasserkraft. Hugo Simon forderte die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und kündigte einen linkssozialistischen Antrag auf ein Referendum über die Sozialisierung der Kohle an.

Die Konferenz, die in England große Beachtung findet, wird selbstverständlich zur Lösung der Fragen wenig beitragen können. Aber sie ist sowohl als Symptom für die beginnende internationale Zusammenarbeit beachtenswert als für die Rolle, die der Sozialismus auch in bürgerlichen Konferenzen zu spielen beginnt.

Gegen die Ausweisung von Sinowjew u. Sosowsky

Die „rote Fahne“ schreibt: Die bürgerliche deutsche Regierung, die solange nicht zu existieren schien, hat sich endlich zu einer Tat aufgerafft. Sie ist energisch geworden, und das erste Opfer ihrer Zerkraft sind, wie wir es nicht anders erwartet haben, unsere russischen Genossen Sinowjew und Sosowsky geworden. Die Regierung, die stumm, blind und taub ist gegen die Provokationen der Orgeschleute, die verschwand, als in München das Bürgertum bewaffnet demonstrierte, hat der wilden Antibolschewistenhege des Bürgertums vor der

„Deutschen Zeitung“ bis zum „Vorwärts“ widerstandslos nachgegeben. Sie ist dem Befehl des Präsidenten des Reichsbürgerrats, des früheren reaktionären preussischen Ministers von Loebel, ohne Zögern gefolgt; sie hat die Genossen Sinowjew und Sosowsky aus Deutschland ausgewiesen.

Energie und Tatkraft waren auf einmal bei ihr vorhanden als es galt, gegen die Abgesandten des russischen Proletariats vorzugehen, als es galt, zu verhindern, daß die breiten Massen des deutschen Proletariats aufgerufen würden zur tätigen Solidarität mit Rußland.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Ausweisungsbefehle und volle Bewegungsfreiheit für die Genossen Sinowjew und Sosowsky; wir fordern die unbedingte Achtung vor dem proletarischen Gastrecht.

Der Gewaltstreik der Stinnes-Regierung trifft aber nicht allein die Genossen Sinowjew und Sosowsky und in ihnen auch das russische Proletariat. Er ist nicht minder gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichtet. Indem die deutsche Regierung durch brutale Ausweisungsbefehle die Verbrüderung der deutschen und russischen Arbeiter zu verhindern sucht, feindet sie und knebelt sie durch solchen provozierenden Gewaltstreik die deutschen Arbeiter.

Das Bürgertum und seine Regierung wissen, was für sie die Sammlung der breiten Massen der deutschen Arbeiter im Lager der kommunistischen Internationale bedeutet. Sie ist entschlossen, die Vereinigung der deutschen Arbeiter unter der Sturmflagge des Kommunismus durch Gewalt und Terror zunichte zu machen.

Die deutschen Arbeiter, die durch ihr Bekenntnis zum Kommunismus ihre Bereitschaft zu revolutionärem Handeln bekannt haben, müssen gewappnet sein, die Drohungen und die neuen Schläge, die die Bourgeoisie gegen sie vorbereitet, mit allen Mitteln abzuwehren, die ihnen im Kampf aufgezwungen werden.

Die Preußenwahlen

Sollen im Februar 1921 stattfinden; die Reichstagswahlen in Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein im Dezember 1920.

Massenentlassungen.

Wie verlautet, sind zum 31. Oktober in den zur Liquidation bestimmten Reichsbetrieben Massenentlassungen ausgesprochen worden. In Groß-Berlin sind nach Mitteilung an die Erwerbslosenfürsorge 16 500 Kündigungen vorgeesehen.

Die Monarchisten.

Nach einer Meldung der „Bayerischen Zeitung“ soll die Bayerische Königspartei am 20. September eine Mitgliederzahl von 500 000 erreicht haben. Sie beschloß, ihre Propaganda nimmehr auch auf Württemberg und Baden auszudehnen.

Streitbeschluss auf den pommerschen Privatbahnen.

Wie der „Telegraphen-Union“ vom Vertrauensmann des Bezirksvereins vom Fachverband der deutschen Privatbahnen mitgeteilt wird, wurde im Kreistag in Stettin von allen anwesenden Vertretern der Bezirksgruppe Pommern der Beschluss gefasst, am Montag in den Streit zu treten und den Verkehr auf allen Strecken der pommerschen Kleinbahnen stillzulegen. Am Streit werden sich die Beamten wie auch die Arbeiter der Kleinbahnen beteiligen. Der Streitgrund ist auf Besoldungsfragen (Reichsbesoldungsreform und Reichsarbeitsstarr) zurückzuführen.

Knebelung.*

(Schluß)

D. L. Der Demokrat (und Rapp-Freund!) Schiffer ist also über die plötzliche, ohne höfliche und untertänige Vorankündigung zum Ausbruch gekommen, über die „wilde“ Streit-

aktion von Arbeitern entsetzt, er zittert über ihren Egoismus (die Interessen der Allgemeinheit werden der Willkür einzelner und ihrer durchaus unsozialen Bestrebungen überlassen*), er verlangt kategorisch von der (Stinnes-)Regierung die Einbringung des Antistreitgesetzes, das in ihrem neuen, ihre erschütterte Stellung wieder festigenden Aktionsprogramm einen hervorragenden Platz einnehmen müsse, und

das von der Deutsch-Demokratischen Partei schon immer verlangt worden sei. Die Demokratische Partei, als politische Vertretung des Kapitals, spielt sich also wieder mal als Hüterin des Allgemeinwohls, als Gegner des Klassen-Egoismus auf — weil er in diesen Fällen für den Egoismus der kapitalistischen Klasse unangenehm ist. Welch eine widerliche, echt bourgeoise Heuchelei! Warum hat denn

* Siehe Antiräte in der Sonnabend-Kummer der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Oktober. Aus Platzmangel kann der Schluß erst heute erscheinen.

die Demokratische Partei nicht gegen den „Interessen der Allgemeinheit“ ungeheurer schädigenden Egoismus der Kapitalisten einzusetzen, die z. B. die Güterproduktion (die doch zur Existenz der Allgemeinheit notwendig ist) lahmlegen, die also streiken, weil der Profit nicht mehr genügt, die sich an der strotzenden Rentabilität der „freien Wirtschaft“ gütlich tun, die (jetzt sehr aktuell) die (sogenannte) Sozialisierung der Kohle verdammen, die sich, mit einem Wort gesagt, den Teufel um das Wohl der Allgemeinheit kümmern? Dagegen hat die Demokratische Partei nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie ist ja die politische Vornachhut des „freien Spiels der Kräfte“, d. h. der vollen Ausbeutungsfreiheit des Kapitals, sie identifiziert das Wohl der Allgemeinheit und dem Wohl der Kapitalisten und spricht nur dann von Klassenegoismus, wenn er gegen die Interessen des Kapitals wirkt. Und so entspringt auch der Schrei nach dem Antistreibgesetz einzig und allein dem kapitalistischen Klassenegoismus; das Gesetz soll die Interessen des Kapitals schützen und den Klassenegoismus des Proletariats knebeln. — Auch noch andere namhafte Demokraten (von den übrigen kapitalistischen Parteien nicht zu reden) sind in der letzten Zeit auf den Plan getreten, um die Notwendigkeit des Antistreibgesetzes zu bekräftigen. Bekanntlich gab es vor kurzem in Berlin einen Streik im Zeitungsgewerbe, der sich gegen den Lohnabbau durch das Zeitungskapital richtete und von den Streikenden siegreich beendet wurde. Ueber diesen Ausgang des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit gerieten nun die literarischen Verfasser des Kapitals, die bestreikten Chefredakteure und Demokraten Theodor Wolff („Berliner Tageblatt“) und Georg Bernhard („Boschische Zeitung“) aus dem Häuschen. Sie schrien und schreien wild nach dem Antistreibgesetz — selbstverständlich im Interesse der Allgemeinheit, damit dann der Lohnabbau beim Zeitungspersonal nicht mehr scheitert. Und die (Stinnes-)Regierung? Hörte sie die Hilferufe ihrer Mandatgeber nicht? Hatte sie kein Ohr für die Interessen der „Allgemeinheit“ alias Kapital? Gewiss, die Antwort kam sehr prompt. Unter dem 16. Oktober erschien folgende Meldung in der Presse: „Anlässlich des Zeitungstreits in Berlin ist der Reichsregierung die Erkenntnis gekommen, daß die gewalttätige Austragung von Streitigkeiten den Interessen Deutschlands im Auslande gewaltigen Schaden zufügt und die Wiederaufbauarbeit verzögert. (!!) Das Reichsarbeitsministerium hat Anweisung erhalten, das Schlichtungswesen beschleunigt auszubauen und die neue Schlichtungsordnung dem Reichstag so schnell als möglich vorzulegen. Bei Arbeitsstreitigkeiten soll ohne Arbenseinstellung in allen Fällen ein friedlicher Ausgleich geschaffen werden und wilde Streiks ohne Anrufung der Schlichtungsbehörde als Unruhenverletzung gelten. Dagegen ist nicht beabsichtigt, gesetzliche Zwangsmaßnahmen gegen gewerkschaftliche Kampfmittel beider Parteien einzuführen.“ Die (Stinnes-)Regierung hat also die Egoismus Schreie der kapitalistischen Klasse wohl gehört und erhört.

III.

Das Antistreibgesetz wird Wirklichkeit werden, es sei denn, daß das Proletariat vorher mit der „demokratischen“ (Kapitalisten-) Republik reinen Tisch gemacht hat. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der S. P. D. werden für das Gesetz stimmen — zum Triumph des Kapitals. Sobald der Gegenwurf vorliegt, wird er ausführlich in diesen Spalten besprochen werden. Aber heute schon ist die Tendenz, die das Gesetz beherrscht, ganz klar: Erdrückung des freien, ungebundenen Streikrechts des Proletariats in seinem wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen das Kapital. Ein Mittel zur weiteren Knebelung der ausgebeuteten, sich kummenden Massen. So will es und braucht es die Demokratie, d. h. das Kapital. Sogar Stinnes! Das Antistreibgesetz ist ja nur ein Glied in der Kette, die das Kapital aus Selbsthaltung des Proletariats anlegt. Je schärfer die wirtschaftlichen und politischen Klassengegensätze sind, um so schärfer die Waffen, die gegenseitig angewandt werden. Und so muß der Klassenegoismus der Kapitalisten, der sich in dem Antistreibgesetz ausdrückt, von dem Klassenegoismus der Proletarier rückwärts und ohne Ermatten beantwortet werden.

Zu „Berliner Tageblatt“ schreibt Dr. Felix Kauer über die „schöne Sache“ der Lohnverhörunge in der Montanindustrie im Geschäftsjahr 1919/20:

Wieder einmal hat sich das Montanjahr gemeldet und die großen Lohnverhörunge sind zur Diskussion angeordnet. Im Vergleich 1919/20, dem ersten der revolutionären Wirtschaft, war der Lohn alles andere als unpolitisch gewesen. Der Lohn der Kriegswirtschaft ist schon schon längst in geschlossenen und feststehenden Montanen verbleiben sich die gewaltigen Montanverhörunge des Reichs und Oberlandes zum Appell. Damals war das Schicksal des Montanverhörunge oder besser des Übergewichts noch nicht entschieden. In den Direktionsräumen und Kartellbüros schloß man über die „Verhörunge“, nicht über die Lohnverhörunge, und erst später hat man erkannt, wozu eine solche Sache die Lohnverhörunge eigentlich sind, wenn man sie — erstens Zeit wozu sie eigentlich sind — zum Lohn und zum Lohnverhörunge nimmt, mit jeder Lohnverhörunge und Kartellverhörunge eine noch höhere Erhöhung der Lohnverhörunge unter Druck und Zwang zu bringen. Das hat man nun im Jahre 1919/20 tragisch gelernt und ausgiebig betriebs. So kommt es, daß die Montanverhörunge, die auf den 28. Juni 1920 angesetzt sind, von den Montanarbeitern und von allen den — Geb zu Proben stehen.

Parteitag.

2. Verhandlungstag.

12. Oktober 1920. Abendmahl.

Konferenz Dr. Dittmann hat heute gegenüber der Gewerkschaft und dem Gewerkschaften, daß der Parteitag der Pflicht hätte, den richtigen Verlauf des Parteitages zu gewährleisten. Die Parteitagdelegationen hätten erst beschließen, die Parteitagdelegationen nicht durch Druck zu wählen und es bekannt, daß die Parteitagdelegationen nach Halle kamen, um die Anwesenheit der

Mandate zu erzwingen. Es war unsere Pflicht, diesen Dingen nachzugehen.

Genosse Wolff bemerkte zur Geschäftsordnung, daß es nicht gehe, daß der Vorsitzende nach jeder ihm nicht passenden Ausführung lange Repliken halte. Er habe sich ebenfalls in die Rednerliste einzuschreiben.

Genosse Dittmann weist diese Ansicht zurück. Er sei zu diesen Feststellungen verpflichtet gewesen.

Genosse Koenen: Es ist bezeichnend, daß die Genossen der Rechte an der gestrigen Begrüßungsfeier ihrer Gastgeber nicht teilgenommen haben; das zeugt davon, was von dem Gewerbe der Rechte über Anstand zu halten ist. Man hat uns politische Unruhe vorgeworfen, daß wir kein Verständnis für politische Situationen hätten. Dagegen ist zu sagen, daß ich bereits am 1. Tage des Rapp-Butschkes in München klare Parolen formuliert und mich sofort nach Berlin, also nach der gefährlichsten Stelle begeben habe. In einer Sitzung mit der S. P. D. gelang es dann bereits am ersten Abend, Einmütigkeit über die einzuschlagende Politik zu erzielen. Eine solche Tätigkeit ist wertvoller, als nachher, wenn die Aktion infolge der hemmenden Rechte nicht durchgeführt werden konnte, häßliche Bemerkungen über die Fehler anderer zu machen. Genosse Koenen schildert die Haltung des Zentralkomitees während der einzelnen Tage der Rappwoche. Am Donnerstag dieser Woche lag die Macht auf der Straße. Aber die Rechte war untätig und trat damals noch nicht für Verhandlungen mit Regien ein, sondern erst später, nachdem Regien mit dem Bürgertum den Verrat fertig hatte. Wir

Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich auf die notwendigen täglichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, als ein Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur berechtigt, sie ist unentbehrlich, solange das deutige System fortbesteht. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und die Zusammenfassung von Gewerkschaften in allen Ländern.

Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften, ohne daß sie sich dessen bewußt wurden, zu Brennpunkten der Organisation für die Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie waren. Wenn die Gewerkschaften unumgänglich sind für den täglichen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Förderungsmittel der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit selbst. (Karl Marx auf dem Genier Kongress 1866.)

rechnen es uns zur revolutionären Ehre an, daß wir dann den Kampf gegen den Streikabbruch aufgenommen haben. Aus dem Rheinland kamen die Aufforderungen, den Streik aufrecht zu erhalten, um die Kämpfe im Ruhrrevier zu unterstützen. Als durch die Rechte der Streikabbruch durchgesetzt war, da erklärten wir, jetzt hat sich die Rechte an die Hochschöpfe der Gewerkschaften gehängt, jetzt müssen wir die Gewerkschaften vorantreiben, damit die Abmachungen eingehalten oder als papierne Illusion entlarvt werden. Wir haben die revolutionäre Situation richtig erkannt und im richtigen Augenblick die Parole zum Kampf gegen den Streikabbruch und auch für das Verhalten gegenüber der Regierung in den Kommissionen ausgegeben. Stoecker-Berlin: Es liegt mir fern, in den schmerzlichen und passionalen Ton zu verfallen, den Genosse Crispian angewendet beliebt. Genosse Crispian sprach von der ersten Nacht des Rapp-Butschkes, in der wir bis morgens 6 Uhr beraten hatten. Damals entwickelte uns Crispian den Gedanken einer sozialistischen Regierung, von dem wir nur sagen konnten, daß er mit revolutionärem Marxismus nichts mehr zu tun habe. Wir haben wir getragen um die Komintern der Reichstagsabgeordneten, um die Schicksale der Berliner „Freiheit“.

Immer wieder hat es die Rechte verstanden, daß ein Schicksal gelaufe hat. Unsere rheinische Genossen haben vor einigen Monaten ein Kompromiß mit den Reichssozialisten geschlossen, aber das im Zentralkomitee einstimmig die Aufhebung herrscht, daß es mit den Grundfragen unserer Partei nicht zu verhandeln sei. Als aber verlangt wurde, daß das Zentralkomitee an die rheinischen Genossen eine öffentliche Erklärung richtete, da war es wiederum die Rechte, die sich dagegen wandte. All dies beweist, daß es so, wie bisher, nicht weiter gehen kann. Die Partei braucht eine einheitliche Parteileitung und auch die deutsche Arbeiterklasse braucht in der nächsten Zeit eine Partei, die einheitlich und geschlossen ist, die gewillt ist, alle herrschenden Elemente anzugehen.

Genosse Thälmann (Hamburg) legt eine Resolution vor, die sich gegen die Ausweitung der russischen Gewerkschaftsdelegationen wendet. Als sich der Vorsitzende Dittmann betreffende Antwort der „Freiheit“ geben läßt, tritt ein schallendes Gelächter von der linken Seite des Saales. Genosse Dittmann weist dieses unpassende Gelächter zurück und betont es als ganz selbstverständlich, daß der Parteitag dieses Verhalten aufs schärfste verurteilt, falls sich die Rechte herausheulen sollte, aufs schärfste dagegen protestiert. Genosse Thälmann-Hamburg hebt dann fort, daß das Ergebnis der außerordentlichen Arbeit im Bezirk Halle fest im Unschwankens feststeht. Wir haben uns bereits damals im Westkampfe gegen die Deutung des Berliner Parteitages geäußert. Die S. P. D. hat aber eine Vertagung in diesem Punkte und zugestimmt. Thälmann vertritt ein Schreiben der Hamburger Parteioffizialen, daß die Parteitagdelegation über die Frage der Regierungsbildung in der der Bezirk der sozialistischen Regierung ist, beschließt und erklärt die proletarische Delegation in Betracht kommt. Redner greift das Referatmaterial und den „Sozialist“

scharf an. Wir haben uns in allen Fragen gegenüber der Zentralleitung behauptet. Unsere Organisation in Hamburg ist befestigt. Thälmann weist die Angriffe auf die finanziellen Zustände in Hamburg zurück.

Genosse Rosenfeld weist die Behauptungen des Genossen Hoehe über die Waffen- und Munitionskontrolle zurück. Zum Rapp-Butsch bemerkt Rosenfeld, daß gerade Däumig in jenen Tagen immer wieder erklärt hat, daß es unmöglich sei, den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand weiter zu treiben. Ich stehe heute deshalb nicht auf Ihrer Seite, weil ich nur solange mit Ihnen gehen konnte, als Sie Vernunft hatten. Genosse Rosenfeld entkräftet die Angriffe auf die Zentralleitung, indem er feststellt, daß es immer zu gemeinsamen Entscheidungen über Parolen gekommen ist. Gerade ich habe es immer bedauert, daß Genosse Däumig sich in entscheidenden Situationen zurückgehalten hat und so das Bild eines stets schwankenden Führers bot. Genosse Rosenfeld geht dann näher auf die Durchführung der Waffen- und Munitionskontrolle ein und bezeichnet diese Aktion als ein Ruhmesblatt der Partei. Koenen ist in einer Zuschrift an die Parteipresse über unsere Anregungen hinausgegangen. Wer die Arbeit in der Waffen- und Munitionskontrolle nicht anerkennt, dem geht es um fraktionelle Gehe, nicht um die revolutionäre Arbeit des Proletariats. Über soviel Opportunismus wie Koenen haben wir nicht. Der Berliner Vertrag ist gewiß kein Heiligtum, aber es handelt sich darum, was ist der Friedensvertrag heute? Das Verhalten Koenens kann zu schweren Verwicklungen mit der Entente führen und da müssen wir uns fragen, können wir einen Krieg mit der Entente verantworten, angesichts der Tatsache, daß es in Deutschland Kommunisten gibt, die den Krieg mit der Entente proklamieren. Die Betriebsräte der Eisenbahner üben in Gemeinschaft mit den Gewerkschafts- und Parteivertrauensleuten die Kontrolle aus. Da kann man doch nicht sagen, die Kontrolle werde amtlich ausgeübt. Uns stört nicht das laute Geschrei. Wir werden auch später, wenn wir nicht mehr beieinander sind, sowohl auch dann, unsere revolutionäre Arbeit tun und an erster Stelle stehen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Genosse Schindler-Pantow Schluß der Debatte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Genosse Braß gibt bekannt, daß Genosse Hans Bickel, Sekretär des Kantons Zürich der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei und Mitglied des Ausschusses für den Anschluß an die dritte Internationale als Gast auf dem Parteitag eingetroffen ist. Weiter gibt Genosse Braß die weitere Geschäftsordnung bekannt. Morgen Donnerstag werden die Referate der Genossen Dittmann und Stoecker gehalten. Die Redezeit für die Diskussionsredner beträgt eine Viertelstunde, für die ausländischen Gäste das Doppelte. Als zweiter Redner zum Punkt 3 der Tagesordnung, die kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen, erhält das Wort Genosse Däumig.

In den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen dieser Tage ist mir sehr oft eine Erinnerung ins Gedächtnis gekommen, die sich im Jahre 1917, wenige Tage vor der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie, am 15. März, im Reichstagsgebäude zugetragen hat. Wir saßen unter Vorsitz des Genossen Haase zusammen, um die Gründung der Unabhängigen Partei vorzubereiten. Mitten in unsere Beratungen hinein kam ein Genosse, der uns den Beginn der russischen Revolution meldete. Wir waren von einem Alpdruck befreit und riefen aus: ex oriente lux, aus dem Osten kommt das Licht. Der Gothaer Parteitag stand unter dem Eindruck der Nachrichten aus Rußland, daß nun endlich ein Volk die Kriegslast überstanden hatte. Und als wir dann im November 1917 die Weibung erhielten, daß die Sowjetherrschaft in Rußland aufgerichtet sei, da wußten wir, daß hier zum erstenmal der Grund zu einem proletarischen Staatswesen mit Aussicht auf Bestand gelegt worden war. Heute ist aus dem zitierten Wort für viele ein ex oriente orux geworden: aus dem Osten kommt das Leiden. Wir haben in der letzten Zeit ja soviel hören müssen über die brutale Gewaltherrschaft des bolschewistischen Regimes, erst heute morgen haben wir aus dem Munde des Genossen Crispian wiederum vernommen, daß der Kommunismus nicht mit der Grundanschauungen der Unabhängigen Sozialdemokratie sei. Ich bin der Ansicht, daß das Aktionsprogramm, das wir uns in Leipzig gegeben haben, nicht mehr den Namen eines sozialdemokratischen führen kann. Wir müssen uns nun mit dem Begriff des Kommunismus etwas näher beschäftigen. Karl Marx hat sein Manifest ausdrücklich als kommunistische genannt, um klar den Unterschied von allen kleinbürgerlichen Anschauungen zu bezeichnen. Heute, wo mit dem Begriff der Sozialdemokratie eine Verwirrungspolizei getrieben wird, ist es notwendig, wiederum klar unseren revolutionären proletarischen Charakter zu bezeichnen. Die kommunistische Partei Deutschland hat sich seit ihrem Heidelberger Parteitag unabweislich auf den revolutionär-marxistischen Boden gestellt.

Vor dem Kriege stecken wir noch in dem Kleinbürgertum der sozialistischen Bewegung, für welche die Agitation für die Demokratie Geltung haben mochte. Heute, wo wir in revolutionären Zeiten leben, wo die Dinge sich überlagern, können wir die Ueberzeugung der Bildungsbildung nicht mehr ausräumen, denn dahinter versteckt sich der Glaube, daß der Sozialismus erst verwirklicht werden könnte, wenn alle Proletarier organisiert wären. Unsere Frage kann ja hier nicht mehr lauten: wie leisten wir Bildungsbildung, sondern wie bekommen wir den Sozialismus? Und diese Ueberzeugung kommt theoretisch im Leipziger Aktionsprogramm zum Ausdruck. Nur für Rußland lautet die Frage: wie erhalte ich die proletarische Diktatur, und nun können wir hoffen, die sagen, wie kann von Osten der Sozialismus kommen. Der Kampf um die Macht, der uns erst die Ueberwindung der Wirtschaft in die sozialistische berufen soll, wird in den Ländern des Westens viel schwerer werden, als es in Rußland gewesen ist.

Das Jahr 1889, das Geburtsjahr der zweiten Internationale, zeigt uns den Kapitalismus in voller Blüte, nicht

und die starken Regungen des Imperialismus, die zweite Internationale zeigte daher unter Berücksichtigung der Kräfte...
Daher wissen wir, daß die neue Internationale die Fehler der 2. Internationale nicht mehr haben darf.

Es ist historische Tatsache, daß in Rußland im November 1917 das Proletariat sich zum Träger der Staatsmacht gemacht hat...
Die russische Kommunistische Partei hat in dem dreijährigen Bürgerkrieg gerade Erfahrungen gesammelt, die zum Teil auch für russische Verhältnisse zutreffen mögen...

Die russische Kommunistische Partei hat in dem dreijährigen Bürgerkrieg gerade Erfahrungen gesammelt, die zum Teil auch für russische Verhältnisse zutreffen mögen...

Und der Niederschlag dieser Erfahrungen befindet sich in den Leitsätzen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale...
Die Vereinfachung der Gegensätze in Deutschland ist in ein solches Stadium getreten, daß sie sich auf allen möglichen Gebieten bemerkbar macht.

Von den Segnern der Bedingungen wird nun eingewandt, daß die Art der verlangten Organisation jedes Leben und jede Bewegung in der Partei vernichtete...
Bei der Gründung unserer Partei standen alle die heute brennenden Fragen noch nicht im Vordergrund.

Bei der gestrigen Debatte hat der Kapp-Putsch eine große Rolle gespielt...
Die Bedingungen, die gestellt worden sind, greifen stark in das bisherige Geschehen der Partei ein.

Die Bedingungen, die gestellt worden sind, greifen stark in das bisherige Geschehen der Partei ein...
Das bedeutet aber nicht, daß wir ein Werkzeug Rußlands werden sollen.

Schluß des wirklich revolutionären Proletariats in Deutschland fördern, so daß es dann keine weiteren Spaltungen...
Genosse Ledebour teilt mit, daß sich der Fraktionsvorstand sofort mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt hat...

Genosse Ledebour teilt mit, daß sich der Fraktionsvorstand sofort mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt hat...
Dieser Beschluß wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Genosse Braß verliest ein Begrüßungstelegramm der dänischen Linksozialisten...
Die Lage der Lazarettinsassen.

Republik Deutschland

Ueber die Lage der belagerten Opfer des Massenmordens, derjenigen Schwerverletzten, die bis heute in Lazarettbehandlung sein mußten, versendet das Reichsarbeitsministerium folgende Darstellung an die Presse:

Die Lazarettinsassen, die seit ihrem Ausscheiden aus dem Militärverhältnis ununterbrochen in Heilbehandlung stehen, die sogenannten Uebergangskranken, erhalten, solange sie sich noch in Anstaltspflege befinden, neben freier Wohnung und Verpflegung die Krankenkleidung und ein Taschengeld...
Beim endgültigen Ausscheiden aus der Anstaltspflege erhalten die Uebergangskranken je nach der Dauer ihres bisherigen Lazarettaufenthaltes eine Uebergangsunterstützung...

Uebergangskranke, die aus der Anstaltspflege entlassen werden, erhalten ferner Uebergangsgebühren, nämlich eine Uebergangsrente und eine Uebergangskinderzulage...
Bei dieser sachlichen Darstellung macht das Ministerium folgende Bemerkung:

Bei dieser Leistungen des Reiches anbehangen würdigt, wird bei allem menschlichen Anteil, den die Schwerebeschädigten verlangen können, zugeben müssen, daß ihre Lage wenigstens finanziell nicht so belagert ist, wie sie kürzlich in einem Teil der Presse dargestellt wurde...
Das ist eine Propaganda-sonderglocke und man schämt sich, wenn man liest, daß eine Reichsbehörde so etwas auszusprechen wagt.

Das ist eine Propaganda-sonderglocke und man schämt sich, wenn man liest, daß eine Reichsbehörde so etwas auszusprechen wagt...
Der „Vorwärts“, der die Dürftigkeit der Unterstützungen ebenfalls bemängelt, bemerkt zum Schluß:

Wir wollen jedenfalls allen denen, die weniger bürokratisch-selbstzufrieden als das Reichsarbeitsministerium...

die Hand für die Vergeßenen geöffnet haben, die Vergeßenen geben, daß sie keinesfalls an falscher Stelle gebendet haben...
Das darf nicht sein! Die Schwerverletzten dürfen nicht auf die wilde Hand der privaten Wohltätigkeit angewiesen sein.

Patent-Kartoffeln.

Die „B. a. M.“ schreibt: Eine neue Sorte, entzucht — selbstverständlich! — in der „Deutschen Tageszeitung“, deren Anzeigenteil folgendes Inserat enthält:

Kartoffeln
läuft zur sofortigen und späteren Lieferung zu höchsten Tagespreisen und erbitet Angebote.
Germann Griebe,
Mühlberg a. Elbe.
Telegramme: Griebe Mühlberg-Elbe.
Mitglied des Bundes der Landwirte und der Reichsbauernschaft.
Der Name spezifiziert ansehnend auf die „größten Kartoffeln“, die bekanntlich die „d. l. m. f. e. n. Bauern“ haben. „Sonne Patent-Kreuz“ ist eine treffende Bezeichnung dafür!

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft.

In einer am Donnerstag zusammengetretenen Voller-sammlung des Reichskohlenrats erstattete Generaldirektor Königeter Bericht über die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft und die Durchführung des Spa-Abkommens...
Die Hausbrandlieferung, auf Grund der Bezugshöhe, beträgt im ganzen Reich 105 Prozent des Belieferungsstandes...

Die Hausbrandlieferung, auf Grund der Bezugshöhe, beträgt im ganzen Reich 105 Prozent des Belieferungsstandes...
„Plan“-Wirtschaft.

„Plan“-Wirtschaft.

Handelsmeldung: Die Aufwärtsbewegung für alle Gattungen Häute und Felle hält nicht nur weiter an, sondern auf allen in diesem Monat stattgefundenen Häute-Auktionen waren die Preisunterschiede für alle Gattungen Häute und Felle noch erheblicher als im Monat September...
„Plan“-Wirtschaft!

„Plan“-Wirtschaft!

Segen ohne Ende.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch AG. in Dortmund erzielt nach der vorgelegten Bilanz in dem eben abgeschlossenen Berichtsjahre einen Betriebsüberschuss von 51 1/2 gegen 8 Millionen Mark im Vorjahre...
Die Maschinenbau AG. Solzern, Grima, schlägt eine Dividende von 20 Prozent und eine Sondervergütung von 10 Prozent vor.

Die Maschinenbau AG. Solzern, Grima, schlägt eine Dividende von 20 Prozent und eine Sondervergütung von 10 Prozent vor...
Ferner liegen folgende Dividendenentschlüsse vor:

Ferner liegen folgende Dividendenentschlüsse vor:
Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz 30 Proz. (i. B. 6 Proz.), Bankkommissionbank in Hamburg 30 Proz. (i. B. 10 Proz.), Neu-Walzwert Borsperde AG. 30 Proz. (i. B. 5 Proz.), Bergbau- und Hütten-AG. Friedrichshütte 25 Proz. (i. B. 25 Proz.), Schleifische Zellulose- und Papierfabrik AG. 23 Proz. (i. B. 15 Proz.), Papierfabrik Reicholz AG. 18 Proz. (i. B. 11 Proz.), Stahlwerke Chemische Fabrik vorm. Forster & Grunberg, AG. 30 Proz. (i. B. 6 Proz.)

Achtung! Achtung!

Montag abend

Mitgliederversammlung

Näheres in der nächsten Nummer.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag Halle-Merseburg.

Am 18. Oktober fand in Halle der Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg statt, der gegen eine Entnahme der Haltung der Parteitagsmehrheit billigte und in den Genossen Däumig und Hoffmann die rechtmäßigen Vorsitzenden der U. S. P. D. anerkennt. Den Abgeordneten Anert und Raute, die sich gegen den Anschluß an die dritte Internationale erklärt hatten, wurde das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und sie wurden zur Niederlegung ihrer Mandate gemäß ihrem unterschrieben bei ihrer Kandidatur gegebenen Versprechen aufgefordert.

Die Berliner Funktionäre zum Parteitag.

Zu einer gewaltigen Demonstration gestaltete sich am Montag abend die erste Versammlung der Funktionäre von Groß-Berlin. Etwa viertausend Funktionäre nahmen Stellung zu den Beschlüssen, die in Halle gefaßt wurden. Durch folgende Resolution bekundeten sie einmütig ihren Willen, die organisatorischen Konsequenzen aus dem Parteitag zu ziehen:

„Entschliebung.“ Die am 18. Oktober 1920 in der „Neuen Welt“ tagende Funktionär-Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. verurteilt entschieden das Verhalten der rechtsstehenden Minderheit auf dem Parteitag, durch welches das revolutionäre Proletariat gespalten worden ist. Die Funktionär-Konferenz erklärt feierlich, daß sie die Beschlüsse des Parteitages als bindend anerkennt, daß sie jeden als außerhalb der Partei stehend betrachtet, der sich der abgeplitterten Minderheit fügt und daß sie als rechtmäßigen Vorstand Däumig-Abolzh Hoffmann anerkennt.

Die Funktionär-Konferenz begrüßt mit Begeisterung den Anschluß an die kommunistische Internationale, den der Parteitag der U. S. P. D. mit großer Mehrheit beschlossen hat. Sie ist stolz darauf, Schulter an Schulter mit der herrschenden russischen Arbeiterklasse, Schulter an Schulter mit dem revolutionären Proletariat aller Länder in der dritten Internationale den Kampf für die Befreiung des Weltproletariats, für die Befreiung des deutschen Proletariats, für den Kommunismus zu führen.

Diese Resolution wurde angenommen, nachdem die beiden Berichterstatter des Parteitages, die Genossen Richard Müller und Ernst Däumig mit allem Nachdruck hingewiesen hatten, auf die mit dem Beitritt zur dritten Internationale verbundene Verpflichtung, sich intensiver als bisher in den Dienst der sozialen Revolution zu stellen. Der Gesang der Internationale beendete die Versammlung der Vertrauensleute des Berliner Proletariats. Die Klärung unserer innerparteilichen Verhältnisse wird überall den Willen zur Arbeit für die Befreiung des Proletariats neu entflammen.

Provinz.

An alle Ortsgruppen!

Die bisherigen Mitglieder der Bezirksleitung: **Schirdewaha** (Vorsitzender) und **Fritz Hellmann** (Kassierer)

sind ab Montag, den 18. Oktober 1920 von ihren Posten dispensiert, weil sie nicht mehr Mitglieder der U. S. P. D. sind.

Sämtliche Ortsgruppen werden gebittet, irgendwelche Zahlungen an Genossen Hellmann zu leisten; vielmehr sind sämtliche Beiträge usw. an den Genossen **Willy Ziegler** abzuführen.

Sämtliche Gruppen haben ferner an diejenigen Kreisvorstände, die nicht auf dem Boden der 21 Punkte stehen oder deren Haltung noch nicht klar ist, keinerlei Zahlungen zu leisten.

J. A.: **Willy Ziegler.**

Achtung!
An alle Kreisleitungen und Ortsgruppen!
Am Sonntag, den 21. Oktober 1920, findet in Siegnitz der

Bezirksparteitag

statt. Das Tagungsort wird noch bekannt gegeben. Delegierte sind zu empfinden.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Reichsparteitag.
Referent: Genosse **Scholz** - Landeskom.
2. Organisationsfragen.
Referent: Genosse **Ziegler.**
3. Abruf der Abgeordneten für Niederschlesien.
Kuna Nemig.

Bezirksleitung Schlesien.

J. A.: **Ziegler, BezirksparteiSekretär.**

Offener Brief

an den Justizminister

Berlin.

Herr Am Zehnhoff, fast alle Zeitungen berichten täglich über Morgens, die angeblich von Polen in Oberschlesien an Deutschen begangen werden. Ich nehme z. B. Bezug auf die „Breslauer Morgen-Zeitung“ vom 15. Oktober 1920 „Aufforderung zum Deutschenmord“. Im Glauben an die Wahrheit dieser, die Volksleidenschaft aufweisenden Berichte, habe ich es abgelehnt, zwecks Wahrnehmung der Rechte meiner Kinder zu einem vor dem Amtsgericht in Loslau, Kreis Rybnik, anstehenden Termin zu fahren und beantragt, wegen mir als Deutschen auf der Fahrt nach und in Oberschlesien drohender Lebensgefahr den Termin auf einen späteren, das Leben nicht gefährdenden Zeitpunkt zu verlagern. Auf meine diesbezügliche Beschwerde an das Landgericht Ratibor haben mir zum Urteilszeichen 2. XIV. 620 die Richter Schwantes, Trappe, Dr. Wilczek unter dem 7. Oktober 1920 mündlich mitgeteilt:

„Einem persönlichen Erscheinen im Termin vor dem Amtsgericht in Loslau steht nichts im Wege. Eine Lebensgefahr ist nicht damit verbunden.“

Das sind unstrittig widersprechende Behauptungen, denn durch den Beschluß der Richter, daß mit der Reise nach und dem Aufenthalt in Oberschlesien eine Lebensgefahr nicht verbunden ist, werden die Verleumdungen, z. B. über „Aufforderung zum Deutschenmord“, Äußerungen und strafbarer gewissermaßen Volksverhetzung bezichtigt. Im öffentlichen Interesse beantrage ich festzustellen, ob die Bezeichnung der Presse der Lüge und Volksverhetzung durch die Richter des Landgerichts Ratibor zu Recht erfolgt ist oder ob diese Richter sich strafbarer Amtshandlung dadurch schuldig gemacht haben, es bestimme keine Lebensgefahr und sich so der Beihilfe des eventuell an mir zu begehenden Mordes schuldig gemacht haben.

Krenjer,
Amtsgerichtsekretär a. D.

Warmbrunn-Verisdorf.

Ein rabiater Mensch ist der Dekorationsmaler **Benno Brander**. Der 11-jährige Knabe Kluth war im Hof des Hauses, das der Maler B. bewohnt, mit Holzstaken beschlagen und wurde dauernd durch die Lächer des Malers B. mit boshaften Neckereien davon gehindert. Der Knabe ließ sich das einige Zeit gefallen, als das Mädchen aber davon nicht abließ, gab er ihr einen Klapp. Der Vater des Mädchens ließ dem Jungen nach und gab ihm eine kräftige Ohrfeige. Die Mutter des Jungen stellte darauf den Maler zur Rede, worauf der raulustige Mensch erwiderte: „Wenn Sie mich nicht verfluchen wollen, kann ich mich ja mal mit Ihrem Mann herumprügeln“. Von der Mutter des Knaben darauf hingewiesen, wie es ihm gefallen würde, wenn es umgekehrt gewesen wäre, antwortete der Maler: „Na, da würde ich Sie schlagen, daß Sie in keinen Sarg passen.“ Der Vater des Jungen verzichtete auf die zweifelhafte Ehre, sich mit dem Brander vor dem Richteramt herumprügeln zu lassen, sondern überläßt der Öffentlichkeit das Urteil über die moralische Qualität des Brander!

Lozales.

Breslau, den 21. Oktober.

Funktionär-Versammlung Breslau.

Am Dienstag, den 19. Oktober, fand im „Roten Löwen“ hier selbst eine Versammlung aller Funktionäre statt. Die durch den Beschluß des Parteitages geschaffene Lage wurde besprochen und es folgender Erklärung ausgedrückt:

Antrag:

„Die Parteiverammlung erklärt, daß alle Ortsratsmitglieder und alle Bezirksräte und Funktionäre, die nicht auf

dem Boden der 21 Punkte stehen, ihre Ämter nicht weiter bekleiden können, da sie nicht mehr Mitglieder der Partei sind. Die Bezirksräte haben noch auf der nächsten Parteiverammlung neue Räte und Bezirksführer zu wählen, da in der nächsten Parteiverammlung nur noch Vertreter der Partei zugelassen werden, die die 21 Punkte anerkennen, also nur noch Mitglieder der Partei.“

Darauf trennten sich die Genossen, deren Überzeugung mit der Anerkennung des Parteitagsbeschlusses noch nicht übereinstimmt. Es wurden gegenseitig Versicherungen abgegeben, in Breslau und Schlesien alle Geschäftigkeiten und persönlichen Aufwendungen zu vermeiden. Wir drücken die Hoffnung aus, daß die meisten Genossen in der nächsten Zeit durch die weitere Klärung von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Parteitagsbeschlusses sich überzeugen und den Weg zur dritten Internationale finden werden.

Gaspreiserhöhung und Arbeitsstreckung.

Vom Magistrat: Der seinerzeit mitgeteilte Beschluß des Magistrats, die neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter nicht ohne Deckung zu bewilligen, hat in der Öffentlichkeit eine recht geteilte Beurteilung gefunden. Findet auch der grundsätzliche Standpunkt, daß so erhebliche Mittel — für das nächste Halbjahr über 2 Millionen Mark — nicht einfach zu Lasten des Fehlbetrages geschrieben werden können, nahezu allgemein Billigung, so ist es die Art der Mittelbeschaffung, die in Aussicht genommene Erhöhung der Gebühren für elektrischen Strom und Gas und die gleichfalls beabsichtigte Durchführung der Arbeitsstreckung in den städtischen Betrieben, die vielfach auf Widerspruch gestoßen ist und die und da zu mehr oder weniger verdeckten Drohungen geführt hat. Der Magistrat wird sich dadurch in seinen Entschlüssen nicht im geringsten beeinflussen lassen; er wäre aber den „Kritikern“ außerordentlich dankbar, wenn sie ihm irgend einen anderen gangbaren Weg weisen wollten, der gleichfalls das gesteckte Ziel erreicht, andererseits aber eine Belastung der Bürgerschaft und eine mittelbare Schädigung der städtischen Arbeiterkraft vermeidet. Durch allgemeine Klagen oder gar durch Drohungen wird nichts verhindert und nichts erreicht. Verbesserungsversuche wird der Magistrat stets willig prüfen; auf ein unfruchtbares „Nur-Besser-wissen“ einzugehen muß er sich versagen.

Vom Wohnungswesen.

Das Regierungspräsidium teilt mit: Es herrschen in der Öffentlichkeit noch immer unrichtige Vorstellungen über die Zuständigkeit der Behörden auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Zur Klärung diene daher: 1. Beschwerden über Wohnungsbeschwerden (Lage, Mängel) sind in allen Fällen bei der Gemeindebehörde (Magistrat, Kreisamt, in der Stadt Breslau beim Wohnungskommissar) anzubringen; zuständig zur Entscheidung ist in solchen Fällen in der Regel das Mietverwaltungsamt, bei Zwangsquartierung von Flüchtlingen die Gemeindebehörde selbst. 2. Anzeigen über unrechtmäßige Inbesitznahme von Wohnungen (Wohnungsschiebungen) sind an die Gemeindebehörde (s. oben) zu richten. 3. Beschwerden über Nichtberücksichtigung bei Wohnungszuweisungen, die an den Regierungspräsidenten als Kommunalaußsichtsbehörde gerichtet werden, können nur dann Erfolg haben, wenn sich bei Nachprüfung feststellen läßt, daß die bestehenden Vorschriften zugunsten des Beschwerdeführers unrichtig gehandhabt worden sind. Zur Beschaffung von Wohnungen selbst ist der Regierungspräsident in keinem Falle in der Lage.

Distrikt 3. Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Rosenhallerstraße 21, „Glücksdecke“, Distrikt 3 abend. Referent E. Kunik über: „Von Rapp bis Einwohnern!“

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinzialles: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Kultur, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunik; für Juvenale Fritz Ulrich.
Druck: Buchdruckerei Käßel & Dantzel, sämtlich in Breslau.

Heute

abend 8 Uhr im Frieberg
Vortrag mit Lichtbildern.
Stadttrat **Ecker**, München, spricht über
Brennstoffersparnisse im Hausbrand.
Eintritt frei.
Der Besuch kann jedermann im eigenen Interesse dringend empfohlen werden.
Der Reichshammer für die Kohlenverteilung.

Stadtheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Resolutionsbescheid.
Oper-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Judith.
Urania-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Schlesinger-Kontrollrat.
Schauspielhaus.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Der Hugenotten.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Fälscher.
Samstag 7 1/2 Uhr:
Die Frau im Strahlen.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die Schöne der Gegend.

Zirkus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr.
Heute Donnerstag
Singen:
Matschke
Bayer
Sagt
Kraus
Mormann
Bach
Lette
Friedrich
Romanoff
Köhler
Randel
Achermann
Kornblum
Kornatz

Militär- + Frauen- +
Wäntel
Blusen
Hosen
Schuhe
Stiefel
Entlassungs-
und feierliche Auszüge
kauft:
Max Hadamek
Spiralbohrer!
S.S. und W.
Kauf jedes Dutzend und
abwärts Preisnachlass
Ang. Steuer, Holzwaren
(Hilfsstoffe)

Periodenführung
und Kontrastmittel
nach neuester Methode
Preis 17,- u. 25,-
Die besten Deutschen.
Genusswaren
für Frauen und Herren.
Eigenschaften: Saftig, zart, leicht
zu verdauen.
früher A. Gebauer
Breslau 6, Bz.
Postfach 1, II.
Eckstr. 11, 11.
Eckstr. 11, 11.

Unabhängige Soz. Partei Breslau.
Sonntag, den 23. Oktober 1920
im Central-Saal, Bestenstr. 50-52
2. Unterhaltungsabend
von
Hoffmanns Roten Gängern, Berlin
bestehend aus humoristischen, politischen,
satirischen Vorträgen und Theaterauf-
führungen mit vollständig neuem Programm
Eintritt 6 1/2 Uhr abends — Anfang 7 1/2 Uhr
Eintrittsstellen zum Preise von 2.00 Mk. sind bei
den Mitgliedsgruppen und Ziffern und im Parteibüro,
Königsplatz 19/20, im „Bereitwillig“ erhältlich.
Es lohnt zumal, sich an
Die Bezirksleitung.

Ata
reingt und scheuert alle Geräte
aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall,
Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.
Vorzügl. Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel & Co., Düsseldorf
Fabrikanten von „Santol“ und
Henkel's Bleich-Soda.

Ungeentert und ohne Kaufzwang
können Sie mein Lager besichtigen.
Steferelegante Anzüge nach Maß von 600 Mk. an.
Fertige Anzüge, alles modern, in eigener Werkstatt
gearbeitet, von 450 Mk. an.
Dies streng reell. Beweis ständig wiederkehrende
Rundhaft.
H. Partetzke, Nikolaistraße 45,
Wohnung 1. Obergeschoss, Herren-Garderoben-Schrank.
Parteilgenossen
kauft
Zigarren u. Zigaretten
bei
Adolf Hayn, Kanack 14.

Achtung!
Herren-, Damen- u. Kinderschuh
werden bei solchen Preisen und so
guter Korridorverbreiterung
überall auf Lager sein!
Adolf Juraschek
Schuhmachermeister
Kleetschkaustraße 27, IV.

Produktionskollektare gefragt!
Eine revolutionäre-sozialistische Lagerhaltung
ist 2 Produktionskollektare ein. Der Kollek-
tar: Produktionskollektare mit Einwirkung bei
Produktion, „Kollektar“ an die Kapitalisten
Zahlung.

Inferate haben in der „Schlesien-
Anz.“ großen Erfolg.